

PSts Jan Mücke, BMVBS

Drucksache 17/3947, Frage Nr. 95

Abg. Heinz Paula

A n t w o r t

Die Bundesregierung bekennt sich im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten ausdrücklich zur Städtebauförderung und möchte die Kommunen auch in Zukunft bei der Bewältigung des wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und ökologischen Wandels unterstützen. Nach Maßgabe der aktuellen Beschlusslage wird der Bund den Ländern entsprechende Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 455 Mio. Euro für das Jahr 2011 bereitstellen. Bund und Länder werden der guten partnerschaftlichen Tradition folgend gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die Umsetzung des durch den Deutschen Bundestag beschlossenen Mittelumfanges intensiv erörtern.

Hierbei wird die Verantwortung über die Fördermittelzuweisung zugunsten der einzelnen Kommunen aufgrund ihrer originären Aufgabenzuständigkeit jedoch in der alleinigen Hand der Länder liegen.